



Giang Geschichte

Giang ist in Deutschland geboren und besucht das Gymnasium. Jetzt soll sie nach Vietnam abgeschoben werden.

Region Stuttgart Seite 32

Stuttgarter Zeitung Nr. 21

Kritik am Umgang mit Giang

Abschiebeaktion verurteilt

Die misslungene Abschiebung der Gymnasiastin Giang (StZ am Samstag) hat Kritik an den Behörden hervorgeufen. Der grüne Landtagsabgeordnete Werner Wölfle hat dem Justizminister geschrieben: „Ich schäme mich als Staatsbürger für solche Vorgänge.“

Von Michael Ohnewald

Die Stuttgarter Zeitung hat die gescheiterte Abschiebeaktion am Samstag öffentlich gemacht. Die 14-jährige Giang sollte im September abgeschoben werden. In einer nächtlichen Aktion wurde sie mit ihrer Schwester Mai Linh und den Eltern nach Berlin gebracht und sollte von dort nach Vietnam ausgeflogen werden. Weil Mai Linh erkrankt war, weigerte sich der Arzt der Fluggesellschaft, die Verantwortung zu übernehmen und schickte die Familie wieder zurück. Giang leidet seitdem laut ärztlichem Attest unter einer „posttraumatischen Belastungsstörung“.

Werner Wölfle setzt sich für die Familie ein. „Ich erwarte von unserem Justizminister, der gleichzeitig Integrationsbeauftragter ist, dass er sich um den Fall kümmert.“ Wölfle findet es beschämend, dass die Gymnasiastin seit der Abschiebung von einer Psychologin behandelt werden muss. Ihr Vater habe vor 15 Jahren einen Überfall begangen, den er bereue. Seit zehn Jahren habe der Vietnameser einen festen Arbeitsplatz und werde von seinem Chef in den höchsten Tönen gelobt. Unter der zurückliegenden Straftat, für die er im Gefängnis war, leide die ganze Familie, weil sie keine Duldung bekomme. „Welches christliche Verständnis steckt hinter der Rechtsvorstellung, dass Kinder für ihre Eltern haften müssen?“, fragt Wölfle.

Ähnlich argumentiert der Stuttgarter Asylpfarrer Werner Baumgarten: „Die Kinder können nichts für die Straftat des Vaters.“ Der Pfarrer verweist auf den Regierungspräsidenten Johannes Schmalzl, der bei Fällen mit Straftaten eine harte Haltung angekündigt habe. „Man darf bei solchen Schicksalen nicht nur die Formalismen sehen“, sagt Baumgarten. Reinhard Steinhübl vom Landesverband des Kinderschutzbundes mahnt mehr Menschlichkeit im Umgang mit Kindern wie Giang an: „Ich bin entsetzt darüber, wie hier staatliche Organe gehandelt haben.“

Räte kritisieren versuchte Abschiebung

Schutz von Kindern gefordert

Die versuchte Abschiebung der in Deutschland geborenen Gymnasiastin Giang Luong nach Vietnam zieht Kreise. Der Internationale Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats hat jetzt die Abschiebep Praxis des Stuttgarter Regierungspräsidiums verurteilt.

Von Michael Ohnewald

In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Internationale Ausschuss des Gemeinderats mit dem Fall einer Schülerin aus Obertürkheim befasst, der durch einen Artikel am Samstag in der Stuttgarter Zeitung öffentlich geworden war. „Es ist unvorstellbar, wie das Kinderland Baden-Württemberg und das kinderfreundliche Stuttgart mit den hier aufgewachsenen und gut integrierten jungen Menschen umgeht“, sagte die Stadträtin Marita Gröger (SPD). Die nächtliche Abschiebeaktion der Behörden war deswegen gescheitert, weil ein Arzt der zuständigen Fluggesellschaft in Berlin feststellen musste, dass die kranken Töchter der Familie Luong nicht reisefähig waren. Seitdem muss die 14-jährige Gymnasiastin Giang ärztlich betreut werden. Sie leidet laut der behandelnden Kinderpsychologin als Folge der Abschiebung unter einer „posttraumatischen Belastungsstörung“.

Die Grundrechte von Kindern auf Schutz und freie Persönlichkeitsentfaltung scheinen für einen Teil der hier lebenden Kinder nicht zu gelten, so der Internationale Ausschuss. Giang und ihre kleine Schwester Mai Linh bekämen kein Aufenthaltsrecht, weil deren Vater als nicht anerkannter Asylbewerber vor vielen Jahren straffällig geworden war. Er hatte danach eine fünfjährige Haftstrafe verbüßt. Mittlerweile hält sein Arbeitgeber große Stücke auf ihn. Die Kinder sollen für die frühere Verfehlung des Vaters quasi in „Sippenhaft“ genommen werden, indem man ihnen den Lebensmittelpunkt entzieht, so das Fazit der Stadträte im Ausschuss.

Der Internationale Ausschuss fordert einen menschenwürdigen Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen. In einer Studie des Berlin-Instituts „Ungenutzte Potenziale“ werde die mangelnde Integration der Migranten beklagt. „Integration setzt aber auch eine sichere Aufenthaltsperspektive für die integrationswilligen Zuwanderer voraus“, so der Ausschuss. Deutschland setze sich international für die Einhaltung elementarer Kinder- und Menschenrechte ein. Im Sinne der Glaubwürdigkeit sollten diese Rechte allerdings auch den hierzulande geborenen Flüchtlingskindern gewährt werden.

Der Deutsche Kinderschutzbund, Landesverband Baden-Württemberg, hat ebenfalls protestiert gegen die vom Regierungspräsidium Stuttgart verfügte und versuchte Abschiebung der Familie Luong nach Vietnam. Die nächtliche Aktion, bei der die Familie aus dem Schlaf gerissen und im vergitterten Wagen nach Berlin transportiert worden ist, sei moralisch verwerflich. „Offensichtlich brauchen wir auch in Baden-Württemberg eine Wertediskussion, jedenfalls können wir in dem geschilderten Vorgang nicht die christlichen Werte erkennen, die von der Politik immer wieder eingefordert werden“, schreibt der Kinderschutzbund.

Presseerklärung des DKSB Landesverbandes Baden Württemberg vom 28.01.09 zur versuchten Abschiebung der Familie Luong

Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Baden-Württemberg e.V. protestiert gegen die vom Regierungspräsidium Stuttgart verfügte und versuchte Abschiebung der Familie Luong nach Vietnam.

Die Kinder der Familie Luong sind in Deutschland geboren, sie sind 14 und 6 Jahre alt und fallen somit unter den Geltungsbereich der UN-Kinderrechtskonvention.

In Artikel 3 [Wohl des Kindes] heißt es:

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

Die versuchte Abschiebung der Familie verletzt nicht nur diesen Artikel der UN-Kinderrechtskonvention. Die Dauer des Verfahrens und die Art und Weise, wie die versuchte Abschiebung durchgeführt wurde, ist moralisch verwerflich. Offensichtlich brauchen wir auch in Baden-Württemberg eine Wertediskussion, jedenfalls können wir in dem geschilderten Vorgang nicht die christlichen Werte erkennen, die von der Politik immer wieder eingefordert werden.

Sicherlich ist es so, dass der Vater von Giang und Mai Linh vor 15 Jahren straffällig wurde. Sicher ist aber auch, dass er sich danach zu einem wertvollen Mitglied unserer Gesellschaft entwickelt hat. Dies verdient Anerkennung und Respekt, was der Petitionsausschuss des Landtags leider vermissen ließ.

Der Kinderschutzbund Landesverband Baden-Württemberg e.V. fordert schon seit langem die Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung. Wie notwendig das ist, sehen wir hier.

Kinder in Sippenhaft zu nehmen und für Verfehlungen des Vaters zu bestrafen, wäre dann nicht möglich.

LESERFORUM

Die Geschichte der 14-jährigen Gian Luong, die ums Haar in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Vietnam abgeschoben worden wäre (StZ vom 24. Januar), ist auf eine große Resonanz gestoßen. Wir bringen eine Auswahl der Leserbriefe.

Zutiefst bedrückend

Leider ist die menschenrechtswidrige Aktion kein Einzelfall. In schöner Eintracht schaffen es deutsche Ausländerbehörden und die Polizei immer wieder, Asylbewerber zu demotivieren, zu beleidigen und zu quälen.

Deutschland kann sicher nicht alles Elend der Welt auf sich nehmen, aber zumindest die Menschenwürde müsste gewahrt werden. Es ist zutiefst bedrückend, wenn man miterlebt, wie junge Menschen, die zum Beispiel zehn Jahre in Deutschland gelebt haben, zur Schule gegangen sind und gearbeitet haben, in der Abschiebezelle sitzen und auf den Transport in ein ihnen fremdes Land warten.

Es ist ebenso bedrückend, wenn man erlebt, wie Kinder durch solche Abschiebemaßnahmen traumatisiert werden, wie sie in dauernder Angst leben, wie sie kaum mehr in der Lage sind zu lernen. Es gibt allerdings auch in den Ausländerbehörden und bei der Polizei Menschen, die Mitgefühl haben und Asylbewerbern helfen wollen, aber sie sind in der Minderheit. Leider.

Norbert Kennerknecht, Filderstadt

Auf brutale Weise

Danke für diesen Artikel, der mir wieder einmal vor Augen geführt hat, wie man in diesem reichen Land auch leben kann. Es gibt keine Wahrheit und das Leben ist bunt. Toleranz ist gefragt – aber Schicksale wie das von Gian kann man nicht einfach lesen und zur Tagesordnung übergehen. Wir jammern oft auf hohem Niveau und realisieren nicht wirklich, wie gut es uns geht. Wir lassen es zu, dass unser Staat mit Schutzbefohlenen, Minderjährigen auf derartig brutale Weise umspringt. Da gibt es Paragrafen, die angewandt werden müssen, und kaum gibt einer den Befehl, da setzt sich die Maschinerie in Gang. Ohne Rücksicht auf Verluste, in diesem Fall ohne Rücksicht auf das Wohl von Kindern! So oder so ähnlich funktioniert wohl Krieg, wenn einer Befehle erteilt und andere sie wie starre Maschinen ausführen.

Ich schäme mich für mein Land, weil es nicht zulässt, dass Menschen, die hier geboren wurden, bis zum 18. Lebensjahr einfach bleiben dürfen.

Cornelia Möbius, Möhringen

Wie Schwerverbrecher

Ich empfinde es als eine unglaubliche Schande für Deutschland, wie mit diesen Menschen umgegangen wird. Es tut richtig weh, wie diese Behörden den Namen Deutschland beschmutzen. Wie kann man jemand, der in Deutschland geboren ist, dort 14 Jahre in die Schule gegangen ist, bei Nacht und Nebel wie Schwerverbrecher überfallen und ins Gefängnis bringen zum Abtransport.

Es ist gar nicht so lange her, dass im Fernsehen ein ähnlicher Fall vorausgegangen ist, als eine afrikanische Familie auf die gleiche Art und Weise abgeschoben wurde, obwohl sie bereits acht Jahre im Land war. Das ist ein Skandal, wenn nachgewiesenermaßen diese Menschen in Afrika fremd sind und ihre Lebensinhalte zerstört worden sind. Der Vater ist schwerkrank noch hier, die Ehefrau darf ihn nicht mal besuchen. Deutsche Freunde der Familie unterstützen sie noch mit Geld von hier aus.

Im vorigen Jahr hat es doch eine Konferenz der Innenminister der Länder gegeben, die für diese skandalöse Zustände verantwortlich sind. Ist denn damals nicht geregelt worden, dass solche Familien nach sechs Jahren ein Bleiberecht haben?

Sind denn Regierungspräsidien, Gerichte nur noch Vollzugsbeamte? Da muss man doch den Gesetzgeber zum Ändern zwingen. Mich würde interessieren, wie viele solcher Familien gibt es denn in Deutschland?

Vor einem Jahr habe ich auch im Fernsehen einen Bericht gesehen, der einen erschüttert hat. Ein Afrikaner war in Deutschland Jahr für Jahr geduldet. Er lernte die Sprache, hielt Vorträge in Schulen. Nach 8 Jahren war er am Ende. Er brachte sich hier in Deutschland um. Herr Regierungspräsident, ist Ihnen das alles unbekannt?!

Gert Bühner, Filderstadt

Psychischer Schaden

Eigentlich handelt es sich um zwei Mädchen (14 und 6 Jahre alt), die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Sie sollten in ein ihnen total fremdes Land abgeschoben werden, dessen Sprache und Kultur sie nicht kennen. Für die Kinder wäre dies ein nicht wiedergutzumachender psychischer Schaden, der ihnen zugefügt wird. Bereits die wegen Krankheit gescheiterte Abschiebung, mit einer Vorbereitungszeit von 30 Minuten bis zum Abtransport in Polizeihaft und Verfrachtung ins Abschiebefängnis nach Berlin, hat einen starken psychischen Schaden verursacht, dass das Mädchen in psychiatrische Behandlung musste.

Zum Vater der Kinder, der wohl der Auslöser zur Abschiebung ist, kann ich sagen,

dass ich ihn aus beruflichen Gründen jahrelang im Gefängnis betreute und danach begleitet habe. Ich habe ihn als zuverlässigen und verantwortlichen Menschen kennengelernt, der seine Strafe voll abgebußt hat und seither für seine Familie sorgt. Ich kann aus meinen jahrelangen Kontakten mit ihm sagen, dass er seine Schuld eingesehen hat, und ich bin gewiss, dass er sich weiterhin gesetzmäßig verhalten wird.

Es ist erfreulich, dass der Verwaltungsgerichtshof eine „vorläufige Untersagung der Abschiebung“ angeordnet hat. Ich hoffe, dass die Menschlichkeit über die Gesetzlichkeit siegt, damit die Familie wie bisher und hoffentlich ohne Ängste bei uns leben, arbeiten kann und die Kinder aufwachsen können.

Martin Fitz, Korntal-Münchingen

Ein Blödsinn

Es wird immer gesagt, Deutschland braucht Einwanderer wegen der geringen Geburtenzahl der Deutschen. Dann ist es doch ein Blödsinn, Menschen, die hier wohnen und gut integriert sind, in ein Land abzuschicken, dass sie überhaupt nicht kennen. Empörend finde ich, wenn das auf die geschilderte Art und Weise geschieht – und das mit meinen Steuergeldern. Das widerspricht nicht nur dem gesunden Menschenverstand in eklatanter Weise, das spricht auch jeder Menschenwürde Hohn. Da wäre die Politik gefordert, eine bessere Lösung zu finden.

Klaus Hoffmann, Esslingen

IHR WEG ZU UNS

Stuttgarter Zeitung, Leserforum
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Fax 07 11 / 72 05 - 1273
E-Mail: redaktion@stz.zgs.de

Bitte geben Sie auf dem Leserbrief (auch auf E-Mails) Ihre Anschrift und Telefonnummer an. Von den vielen Einsendungen, die uns täglich erreichen, können wir nur einen Teil veröffentlichen. Um möglichst viele Leser zu Wort kommen zu lassen, müssen wir auch Zuschriften kürzen.